

Reviervertrag macht Weg zu Milliarden frei

Bund und Land besiegeln Unterstützung für die vom Braunkohleaus betroffen Region. Was bedeutet das konkret?

VON GUIDO JANSEN
UND PATRICK NOWICKI

AACHEN/DÜSSELDORF Der Reviervertrag ist unterzeichnet, das Regelprogramm zur Bewältigung des Strukturwandels läuft. Was bedeutet dies für die Region? Die wichtigsten Fragen und Antworten für das Rheinische Revier.

Vor zwei Jahren veröffentlichte die Kohlekommission ihren Bericht – was ist seitdem passiert?

Der Bund hat die Voraussetzungen geschaffen, den betroffenen Bundesländern längstens bis 2038 Finanzhilfen in Höhe von bis zu 14 Milliarden Euro zu gewähren. Darüber hinaus finanziert der Bund eigene Projekte in einem Umfang von bis zu 26 Milliarden Euro in diesen Ländern. Die dafür notwendigen Gesetze (Strukturstärkung und Kohleausstieg) sind im Sommer 2020 verabschiedet worden. Im Bund-Länder-Gremium sind die Finanzmittel für Nordrhein-Westfalen in Höhe von 14,8 Milliarden Euro auf die jeweiligen Ressorts bei Bund und Land verteilt worden – ein formeller Beschluss des Bundestags steht noch aus. Die Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) mit Sitz in Jülich ist damit beauftragt, den Strukturwandelprozess zu koordinieren. Im Dezember 2019 wurde als Grundlage das Wirtschafts- und Strukturprogramm vom Aufsichtsrat der ZRR verabschiedet, das jetzt überarbeitet wurde.

Was ist der Reviervertrag 2030?

Das Papier, das am Dienstag von NRW-Ministerpräsident Armin Laschet, allen NRW-Ministern, Landräten und Akteuren aus dem Rheinischen Revier unterschrieben worden ist, ist eine Übereinkunft zwischen dem Land NRW und der Zukunftsagentur Rheinisches Revier. Die Landesregierung verpflichtet sich, den Strukturwandel mit den Menschen im Revier zu gestalten. Die obersten Ziele, denen sich die Landesregierung verpflichtet, sind der Erhalt der Wirtschaftskraft des Reviers und das Erreichen der Klimaziele. Das alles ist nicht neu. Aber nach dem schleppenden Beginn soll der Reviervertrag 2030 so etwas wie der laut vernehmbare Startschuss des Strukturwandels sein. Damit beginnt auch der Förderaufruf „Revier gestalten“, der laut NRW-Wirtschaftsministerium vor allem Unternehmen ansprechen soll.

Der Strukturwandel ist schon im Gange: Wiesieht aktuell die Arbeitsplatzbilanz aus zwischen wegfallenden Jobs in der Kohleverstromung und neuen Stellen in Strukturwandelprojekten?

Nach Auskunft von RWE hat das

Unternehmen im Rheinischen Revier rund 9500 Jobs, die von der Braunkohle abhängen. Bis Ende 2023 sollen 3000 Stellen abgebaut werden, 3000 weitere bis 2030. Ein Teil davon soll schon im kommenden Jahr im Tagebau Hambach wegfallen. Die Stellen sollen laut RWE sozialverträglich abgebaut werden. Das gilt nicht für Mitarbeiter anderer Unternehmen. Nach einer zehn Jahre alten Studie im Auftrag von RWE kommen auf einen RWE-Mitarbeiter zwei weitere Arbeitsplätze bei anderen Unternehmen. Es bestehen schon neue Arbeitsplätze – aber eher vereinzelt. Die 20 Tagebauanrainer-Kommunen erhalten vom Bund Mittel, um jeweils zwei sogenannte Strukturwandel-Manager einzustellen. Auch die Zukunftsagentur Rheinisches Revier hat personell aufgestockt. Das sind Stellen, die geschaffen wurden, um den Strukturwandel zu betreuen. Das Gros an Arbeitsplätzen, die die mit der Braunkohle wegfallenden Jobs ersetzen sollen, müssen erst noch geschaffen werden.

Welche Förderprogramme und Förderprojekte gibt es aktuell?

Das „SofortprogrammPLUS“, das Starterpaket Kernrevier, das sogenannte Regelprogramm und das Bundesprogramm Unternehmen Revier. Die Prämisse für alle Projekte: Sie müssen direkt oder indirekt für neue, klimafreundliche Arbeitsplätze sorgen. Das Sofortprogramm umfasst 82 Projekte, von denen 28 mittlerweile als förderwürdig ausgezeichnet worden sind. Das Starterpaket richtet sich an die 20 Städte und Gemeinden im Revier, auf deren Fläche entweder ein Tagebau oder ein Kraftwerk zu finden ist. Jede Kommune durfte sich ein für den Strukturwandel relevantes Projekt wünschen. Das gilt auch für die drei Gesellschaften, die die vier Tagebaufolgelandschaften rund um Garzweiler, Hambach und Inden betreuen. Sofortprogramm und Starterpaket sollen den Strukturwandel vor allem zu Beginn anschieben, das Regelprogramm deckt die gesamte Zeitspanne bis zum finalen Ausstieg 2038 ab.

Wie sicher sind die Fördergelder für das Rheinische Revier?

Mit den Aussagen im Strukturstärkungsgesetz und der Bund-Länder-Vereinbarung wurde eine gewisse Verbindlichkeit geschaffen. Allerdings haben bei allen Anträgen die Fördergeber das letzte Wort, also der Bund oder das Land. Im Rheinischen Revier werden die angekündigten 14,8 Milliarden Euro als zusätzliche Förderung verstanden. Die Diskussion um die Westspange in Köln zeigt aber, dass man in Berlin auch Projekte als Strukturförde-

Strukturwandel-Projekte im Rheinischen Revier



lung versteht, die bereits geplant sind, aber aufgrund des Strukturwandels vorgezogen werden sollen. Auch nicht klar ist, wie lange Vorhaben auf die Förderzusage warten müssen. Vom kommunalen Entlastungspaket der Anrainer hat bisher noch kein Projekt einen Förderzugang erhalten.

Wer entscheidet über die Projekte, die eine Förderung erhalten?

Der Aufsichtsrat der Zukunftsagentur spielt eine entscheidende Rolle im Strukturwandelprozess. Dort werden Vorhaben bewertet, und es wird darüber abgestimmt, ob ein Projekt zielführend zur Bewältigung des Strukturwandels im Rheinischen Revier ist. Dem 27 Personen zählenden Aufsichtsrat gehören Vertreter des Landwirtschaftsministeriums, aber auch Landräte, Gewerkschaften, Kammern, Landtagsabgeordnete sowie Vertreter der 20 Anrainerkommunen an. Die fina-

le Entscheidung, ob Geld fließt, fällt in Düsseldorf oder Berlin.

Es wurden auch Stimmen laut, die den derzeitigen Strukturwandelprozess kritisieren. Wo setzen sie an?

Diskussionen werden über das Ziel des Strukturwandels geführt. Die betroffenen Kommunen stellen neue Arbeitsplätze und Wertschöpfung in den Mittelpunkt ihrer Forderungen. Sie mahnen einen schnelleren Planungsprozess an. Umweltverbände und Grüne sehen hingegen die Energiewende und ökologische Nachhaltigkeit als Schwerpunkte. Die Beteiligungsprozesse seien intransparent, die Projektentscheidungen nicht klar an Kriterien gebunden, heißt es weiter. Dass der überwiegende Teil der Anträge, für die aktuell ein Förderzugang besteht, aus wissenschaftlichen Einrichtungen stammt, verstärkt für manche den Eindruck, dass nicht alle Menschen an dem

Prozess teilhaben können. Ein Vorwurf lautet auch, dass die Anträge und Verfahren zu kompliziert sind.

Inwieweit beeinflussen Wahlen wie im September auf Bundesebene und im kommenden Jahr in NRW den Strukturwandel?

Da in Berlin und Düsseldorf letztlich die Förderentscheidung gefällt wird und die Rahmenbedingungen für Förderprogramme gesteckt werden, spielt die aktuelle politische Mehrheit eine große Rolle. Dies zeigen auch die Debatten am Rande der Unterzeichnung des Reviervertrags. Inwieweit der Prozess als Ganzes bei neuen Mehrheiten neu sortiert wird, kann aktuell niemand seriös beantworten. Die grundsätzliche Entscheidung über das Strukturstärkungsgesetz im Bundestag trugen neben CDU und SPD auch die Grünen mit. Allerdings lehnten die Grünen das Kohleausstiegsgesetz ab: unter anderem, weil darin

der Tagebau Garzweiler als energiepolitisch notwendig festgeschrieben ist. Dies zeigt, dass es bei wechselnden Mehrheiten durchaus zu Verschiebungen in der Energiewende und damit im Strukturwandel kommen kann.

Welches sind die derzeit erkennbar größten Infrastrukturprojekte im Revier?

Das ist im Moment noch schwer absehbar. Die geplante Revier-S-Bahn, die die großen Wissenschaftsstandorte Aachen und Jülich verbinden und einen Anschluss in Richtung Köln und Düsseldorf ermöglichen soll, hat NRW-Verkehrsminister Hendrik Wüst (CDU) im vergangenen Jahr als Milliarden-Projekt bezeichnet. Für das in Jülich geplante Wasserstoff-Kompetenzzentrum hat der Vorsitzende des Forschungszentrums, Wolfgang Marquardt, im vergangenen Jahr einen Förderbedarf von rund 700 Millionen Euro umrissen. Die meisten neuen Arbeitsplätze sollen rund um das Aldenhoven Testing Center entstehen. Alsdorf, Baesweiler, Linnich und Aldenhoven tun sich zusammen, um ein interkommunales Gewerbegebiet aufzuziehen, das langfristig 4000 bis 5000 Arbeitsplätze in der Automobil-Industrie bieten könnte. Es sollen aber auch Arbeitsplätze mit neuen Technologien erhalten werden, zum Beispiel in der Papierherstellung.

Was droht, wenn der Strukturwandel nicht klappt?

Da ein kompletter Industriezweig mit Tausenden Arbeitsplätzen wegfällt, redet man von einem Strukturbruch. Das Bundeswirtschaftsministerium legte der Kohlekommission im Jahr 2018 eine Studie vor, in der die Zahlen aus dem Braunkohlesektor aufgelistet sind. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass zu diesem Zeitpunkt etwa 30.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt an den Braunkohlesektor im Rheinischen Revier gekoppelt sind. Daraus ergab sich nach Berechnungen der Studie eine Bruttowertschöpfung von 1,7 Milliarden Euro im Jahr 2016.

Städte und Gemeinden wie Alsdorf und Aldenhoven haben beim Ausstieg aus der Steinkohle in den 90er Jahren erfahren, wie sich der Wegfall der Arbeitsplätze ohne nachhaltigen Ersatz auswirken: Die Arbeitslosenzahlen steigen, die Überschuldung der Kommunen wächst. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) betonte beim digitalen Festakt zum Reviervertrag am Dienstag: „In den 70er und 80er Jahren sind in der Steinkohle im Revier Arbeitsplätze weggefallen und woanders entstanden – das darf uns diesmal nicht passieren.“

DEALTIME® - Topselling auf Champions League Niveau

MEDIENHAUSAKADEMIE

Online-Seminar

Termin:
Teil 1: 10.05.21 von 13.00 - 16.30 Uhr
Teil 2: 11.05.21 von 9.00 - 12.30 Uhr
 (inkl. 15 Minuten Pause)
Ort: Online-Seminar (Zoom)
Preise:
Vorteilspreis*: 499,- € p. P. für beide Seminartage
Regulär: 599,- € p. P. für beide Seminartage
Buchung
Online: medienhausaaachen-akademie.de
Per E-Mail: akademie@medienhausaaachen.de
 Hinweise: Sie erhalten eine steuerabzugsfähige Rechnung für Ihre Weiterbildung.
 Max. 10 Teilnehmer pro Termin.
 * Gültig für angemeldete Teilnehmer des 3. Vertrieb-Expertentreffs.

Dominik Füzi, Keynote-Speaker, Dozent und Unternehmer

Ein Angebot aus dem

MEDIENHAUS
AACHEN